



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 14. September 2021
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

A 544 Anfrage Huser Barmettler Claudia und Mit. über die Immobilienstrategie im Zusammenhang mit den geplanten Umzügen des Kantonsgerichtes sowie der Luzerner Museen / Finanzdepartement

Claudia Huser Barmettler ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Claudia Huser Barmettler: Ich danke dem Regierungsrat für die Antworten auf meine Anfrage. Es ist den Unterzeichnenden dieser Anfrage ein grosses Anliegen, dass man eine gute und akzeptable Lösung für unser Kantonsgericht, aber auch für die kantonalen Museen findet. Leider bestätigt sich unsere Befürchtung, dass sich bei der Suche nach einem neuen Standort für die Museen ein Kräftemessen zwischen Stadt und Kanton abzeichnet. Ich bin einverstanden damit, dass wir für das Zeughaus eine Nutzung finden müssen. Dass hier die Regierung versucht, diesen Standort auf Biegen und Brechen passend zu machen, kann ich sogar auch nachvollziehen. Aber manchmal nützt halt alles Biegen und Brechen nichts. Die Antworten der Regierung bestätigen, dass der geplante Standort für das Kantonsgericht am heutigen Standort der Museen sehr gut ist und der geplante Umzug der Museen ins alte Zeughaus weder kosten- noch raummässig die optimale Lösung ist. Wieso? Der Umzug ins Zeughaus löst Investitionskosten von 35 Millionen Franken aus. Die Betriebskosten steigen nach heutiger Schätzung um rund einen Drittel auf zirka 6,4 Millionen. Die Erreichbarkeit mit den öffentlichen Verkehrsmitteln ist nicht optimal, und zu guter Letzt fehlt bei diesem Standort auch der dringend benötigte Raum zur Lagerung von Kulturgütern. Dass die Regierung dann auch noch sagt, dass sie keine andere Standorte für die Museen ernsthaft evaluiert hat, hilft nicht dabei, diesem Vorhaben begeistert zu folgen. Fakt ist, dass der Kanton rein rechtlich gesehen die Museen auch ohne Einwilligung der Stadt verschieben kann. So weit darf es aber nicht kommen. Ein politisches Kräftemessen zwischen Stadt und Kanton gilt es zu vermeiden. Das ist unseres Kantons nicht würdig, und ich könnte dann einen solchen Roll-up, wie er hier neben dem Rednerpult steht, nicht mehr ernst nehmen. Ich habe auf dem Roll-up unterschrieben, und ich möchte, dass wir eine Lösung finden, die für die Stadt und den Kanton funktioniert. Die GLP will für unser Kantonsgericht eine mehrheitsfähige Lösung haben. Wir stehen auch für ein modernes Museum an einem geeigneten, zentralen Standort ein. Dieser Vorstoss ist nur eine Anfrage, und deshalb kann ich auch keine direkten Forderungen an die Regierung stellen. Ich bin auch der Meinung, dass dies nicht nötig sein sollte. Stadt und Kanton, Regierung und Stadtrat müssen zusammenarbeiten, das gehört zum Grundauftrag. Darum ist es eine klare Bitte an den Regierungsrat: sitzen Sie gemeinsam an einen Tisch und prüfen Sie ernsthaft und ergebnisoffen alternative Standorte. Wir sind überzeugt, dass es aus Kosten- und auch aus Nutzensicht geeignete Standorte gibt, und wir trauen es der Stadt und dem Kanton zu, dass sie diese gemeinsam finden.

Josef Schuler: Die Antwort der Regierung wirft weitere Fragen zur Immobilienstrategie auf. Einfach ein Museum im Zeughaus Musegg zusammenzuführen, löst einige Probleme nicht. So ist die Frage nach einem Kulturgüterschutzraum immer noch ungeklärt; Kulturgüter sind in mehreren Räumen untergebracht, und einer dieser Räume soll in den nächsten drei Jahren aufgehoben werden. Ein Kulturgüterschutzraum muss unmittelbar beim Museum liegen, um die Logistikkosten möglichst tief zu halten. Auch die Frage nach der Zufahrt und dem Weg fürs Publikum ist nicht ausreichend abgeklärt. Für die Fach- und Mittelschule am Hirschengraben 10 könnte man mit einer weiter ausgelegten Strategieplanung einen neuen Standort finden. Dann wäre da auch noch die Frage zum Standort beim Verkehrshaus. Ich habe den Eindruck, dass jetzt dringend ein Museum verlagert werden muss, um dann freie Hand für die Gerichtsmeile und allfällige Vermietungen zu haben. Ich vermute, dass es auch etwas mit der unbefriedigenden Situation der Kulturgüterschutzräume zu tun hat. Gleichzeitig zu dieser Anfrage habe ich im März für die SP ein Postulat eingereicht, das den Blick für eine umfassende Abklärung unter Einbezug des Seetalplatzes und der frei werdenden Räumlichkeiten der Verwaltung und eine Planung für die nächsten zehn Jahre öffnen soll. Ich glaube man tut gut daran, vorzuschauen und eine Planung unter Einbezug der verschiedensten Beteiligten des Kantons und der Stadt zu machen. Ich bedaure, dass das Postulat noch nicht beantwortet ist, dann könnten wir hier auch darüber diskutieren. Es bringt uns aber sicher einen Schritt weiter, wenn wir dieses diskutieren können. Im Moment habe ich das Gefühl, man sieht vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr.

Korintha Bärtsch: Claudia Huser Barmettler macht sich Sorgen um die erfolgreiche Zusammenarbeit bezüglich der Gerichtsstandorte, um einen attraktiven Museumsstandort und die Zusammenarbeit von Stadt und Kanton. Sie ist damit nicht allein. Auch die Grünen und Jungen Grünen sehen das grosse Risiko, das die regierungsrätliche Strategie des Umzugs der beiden Museen ins Zeughaus birgt. Das Risiko ist virulent, das Stadtparlament hat signalisiert, dass es eine Umzonung am Kasernenplatz nicht zulassen will. Mit diesem Entscheid würde die ganze Strategie scheitern. Von aussen kommt es einem so vor, als ob der Regierungsrat und der Stadtrat aus Sturheit einander nicht nachgeben wollen. Das ist für uns unverständlich. Die Mitglieder beider Exekutiven sind kluge, kompetente Personen. Warum ist es so schwierig, gemeinsam an einen Tisch zu sitzen und das ausdiskutieren? Dass die verschiedenen Standorte des Kantonsgerichtes zusammengeführt werden sollen, ist unbestritten. Der Regierungsrat hat sich jetzt aber in eine verhängnisvolle Situation manövriert. Es gibt drei Möglichkeiten, um aus dieser herauszukommen: Die erste wäre, dass man noch einmal ganz von vorn anfängt und die Frage stellt, ob das Kantonsgericht überhaupt in der Stadt Luzern sein sollte, und eine neue Standortevaluation macht. Die Gerichte sähen das aber gar nicht gerne. Zweitens könnte man dabei bleiben, dass der neue Gerichtsstandort in der Stadt Luzern sein sollte und man in wirklicher Zusammenarbeit mit dem Luzerner Stadtrat eine Standortevaluation macht. Drittens könnte der Regierungsrat auf der Schiene bleiben, dass der Standort am Kasernenplatz für die Gerichte sein soll und das Zeughaus für die Museen; er würde damit sein Hochrisikospiele weitertreiben. Das Stadtparlament hat aber bereits angekündigt, dass es einen Umzug nicht unterstützen wird. Eine Blockade wäre somit vorprogrammiert. Wenn man bedenkt, dass Blockaden nirgends gut ankommen und ein schlechtes Zeugnis für die Politik sind, so bleibt eigentlich nur Variante zwei. Das heisst also, dass der Kanton wirklich mit der Stadt zusammenarbeitet; es wird eine gemeinsame Auslegeordnung gemacht, die jeweiligen Bedürfnisse werden formuliert und mögliche Lösungen entworfen, und es wird miteinander gestritten und verhandelt, und am Schluss rauft man sich zusammen und einigt sich auf eine gemeinsame Strategie. Diesen Rat geben wir übrigens auch dem Luzerner Stadtrat. Auch er soll sich in dieser Sache bewegen und eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Regierungsrat eingehen. Wenn es die Standortevaluation wirklich gibt, sollte man diese veröffentlichen. Die Grünen und Jungen Grünen kämpfen weiter für das Öffentlichkeitsprinzip, und damit könnte man anfangen.

Franz Räber: Ich danke der Regierung für die umfassende Beantwortung der einzelnen Fragen von Claudia Huser Barmettler. Die Immobilienstrategie haben wir am 18. Juni 2019

zustimmend zur Kenntnis genommen. Sie umfasst auch die beiden Projekte Luzerner Museen und Gerichte. Die Konzepte dieser beiden Projekte sollten laut Immobilienstrategie bis Mitte 2019 stehen, was auch so war. Seit Längerem werden die Konzepte aber von der Stadt Luzern und weiteren Gruppierungen hart und sehr vernichtend kritisiert. Darum bin ich der Meinung, dass beim Thema des Umzugs der Museen und Gerichte das letzte Wort noch lange nicht gesprochen ist und verweise auf den neusten Vorschlag der FDP. Mit der Anfrage A 662 von Gaudenz Zemp wurde die Frage eines Umzugs der Museen an die zukünftige Museumsmeile beim Verkehrshaus Luzern neu lanciert. Die neue Idee ist nämlich bestechend und überzeugend und bringt extrem viele Synergien. Ich habe dazu vonseiten der Stadt noch keine negativen Rückmeldungen gehört. Daraus entnehme ich, dass dieser Vorschlag vielleicht doch eine grosse Chance hätte und die Idee unbedingt weiterverfolgt werden sollte. Ich danke an dieser Stelle der Regierung schon jetzt für eine gute und umfassende weitere Abklärung dieses Vorschlags.

Thomas Grüter: Die Mitte dankt für die klärenden Fragen und die ausführlichen Antworten der Regierung. Es wurde in der Vergangenheit schon viel über die künftigen Standorte des Natur-Museums, des Historischen Museums und der Gerichte debattiert. Die jetzt vorliegenden Antworten auf die Fragen von Claudia Huser Barmettler zeichnen ein Bild für eine mögliche Zukunft und erklären die Absichten der Regierung. Der Planungsbericht zur Immobilienstrategie, welchen wir im Juni 2019 hier zur Kenntnis genommen haben, bildet dabei die Grundlage. Wir können der Regierung nicht vorwerfen, zu wenig mögliche Standorte mit den jeweiligen machbaren Präferenzen abgeklärt zu haben. Selbst die frei werdenden Räume hat man geprüft. Wir teilen die Auffassung, dass der Standort weniger in Erwägung gezogen worden ist als die Machbarkeit. Der Standort Zeughaus Musegg hat sich als gut geeignet herauskristallisiert. Dass das Kantonsgericht neu in den Räumlichkeiten des Natur-Museums und des Historischen Museums platziert werden soll, können wir ebenfalls nachvollziehen. Die dritte Gewalt des Kantons könnte somit in der Stadt verbleiben. Selbst eine Reserveschaffung mit Blick auf das Jahr 2036 hat man mit einbezogen. Für uns ist es jetzt aber wichtig, dass das vorhandene Konzept zum Fliegen kommt. Damit es dann auch zielführend ist, braucht es weiterhin intensive Gespräche mit der Stadt Luzern und allen Beteiligten, muss doch dem Souverän eine Änderung der Bau- und Zonenordnung in Bezug auf die Unterbringung des Kantonsgerichtes unterbreitet werden.

Urban Sager: Die Frage ist, was hier wen wohin treibt. Oder anders gefragt: wer oder was steht eigentlich am Anfang dieser geplanten Rochade? Schaut man auf die Antworten der Regierung zu dieser Anfrage, so wird deutlich, dass es primär um die Kantonsgerichte geht. Diese sollen endlich in einem gemeinsamen Gebäude im Hauptort zusammengeführt werden. Die SP sieht diese Dringlichkeit und unterstützt dieses Vorhaben im Grundsatz. Allerdings sehen wir nicht ein, weshalb es dabei zwingend ein Gebäude mitten in der Stadt Luzern sein muss, und schon gar nicht, warum deshalb andere Institutionen verschoben werden müssen. Gemäss Planung sind die beiden Liegenschaften an der Pfistergasse 24 und 26 für eine Zusammenführung der Kantonsgerichte geeignet. Dumm nur, dass in diesen beiden Liegenschaften noch zwei Museen einquartiert sind. Nun kommt das Zeughaus ins Spiel, denn dieses steht seit Jahren leer. Hier ergeben die Planungen für ein mögliches Museum im Zeughaus jedoch keine guten Resultate, auch wenn das die Regierung bis heute schönredet. Das Gebäude ist für eine Zusammenführung der beiden Museen ungeeignet. Die hohen Kosten für den Umbau stehen einer kleineren Ausstellungsfläche und einem schwierigen Zugang gegenüber. Hinzu kommen höhere Betriebskosten für die Museen im Zeughaus. Wir nehmen zustimmend zur Kenntnis, dass die Regierung in der Antwort zu Frage 10 die unsägliche Sparmassnahme der Organisationsentwicklung 17 (OE17) von 0,8 Millionen Franken bei den Betriebskosten der Luzerner Museen endlich fallen lässt. Sie geht im Zeughaus gar von einem Anstieg der Betriebskosten von rund 1,8 Millionen Franken aus. Das sind Mietkosten, also Geld, das wir bei den bestehenden Gebäuden an der Pfistergasse für die Umsetzung des von der Regierung vorgestellten neuen Museumskonzeptes verwenden könnten. Dieses wird – so wie es in die Vernehmlassung gegeben wurde – definitiv zu höheren Mehrkosten führen. Wenn wir dieses Geld anstatt für

höhere Mietkosten für ein ungeeignetes Gebäude für die Umsetzung und den Betrieb der Museen mit einem modernen Konzept ausgeben, wäre das aus unserer Sicht viel sinnvoller. Das Zeughaus als neuer Standort für die Museen ist ein totes Pferd. Steigen Sie ab. Zurück zu den Gerichten, die eigentlich an die Pfistergasse ziehen wollen: Wenn wir für die Museen keinen alternativen Standort haben, gibt es diesbezüglich ein Problem. Für die SP-Fraktion ergeben sich zwei Lösungswege. Entweder finden wir einen geeigneten Standort für die Luzerner Museen. Hierzu wurde von der FDP mit dem Verkehrshaus ein spannender möglicher Standort eingebracht. Oder wir finden für die Gerichte einen anderen geeigneten Standort und belassen die Museen dort, wo sie sind. Der Umzug der Verwaltung an den Seetalplatz bietet neue Möglichkeiten. Im direkten konstruktiven Gespräch mit der Stadt Luzern lassen sich zudem sicherlich weitere Möglichkeiten ausloten. Entsprechend sind wir auf die Stellungnahme der Regierung zum Postulat P 551 von Josef Schuler über die kantonale Immobilienplanung gespannt.

Armin Hartmann: Die SVP-Fraktion stellt sich grundsätzlich hinter die Position der Regierung. Was in den Antworten vorliegt, wurde sauber abgeklärt und von langer Hand, korrekt und bereit für eine politische Diskussion geplant. Wir stellen uns hinter die Pläne des Standortes Zeughaus Musegg für die Museen. Wir sind der Meinung, dass man dem eine Chance geben muss. Wir haben aber unsere Fragezeichen, was die Gerichtsmeile am Kasernenplatz angeht. Wir sind der Meinung, dass ein Machtentscheid gegen die Stadt politisch nicht machbar sein wird. Man wird sich noch einmal überlegen müssen, ob man entweder mit der Stadt zusammen eine gute Lösung findet oder ob man weitere alternative Standorte prüfen muss. Einen Kampf gegen die Stadt sehen wir nicht, das möchten wir dem Regierungsrat mitgeben. Nur zusammen findet man eine gute Lösung.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich beginne dort, wo Claudia Huser Barmettler auch angefangen hat. Wir wollen auch eine gute Lösung. Ich muss die Aussagen bezüglich der Kosten korrigieren: Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass wir bei allen Gebäuden, über die wir sprechen – also beim Natur-Museum, beim Historischen Museum und beim Zeughaus – unabhängig von jeglicher Nutzung erhebliche Kosten haben werden. Selbst wenn die Museen an den gleichen Standorten blieben, haben zusätzliche Investitionen Einfluss auf die Mietkosten und würden zu einer erhöhten Miete führen. Da müssen wir schon Äpfel mit Äpfeln vergleichen. Wir dürfen nicht sagen, die erhöhten Investitionskosten würden am alten Standort nicht anfallen. Sie wissen vermutlich, dass wir am alten Standort ebenfalls Sanierungsprojekte gehabt haben. Die Gebäudehülle, die Gebäudetechnik und Weiteres entspricht nicht mehr den Anforderungen. Das Argument der Kosten sticht also nicht. Dann zum Raum für die Kulturgüter: Wenn wir an einer sehr guten Lage in der Stadt Luzern sind, dann ist die Situation analog zur Zentral- und Hochschulbibliothek (ZHB), für die wir das Lager in Büron gebaut haben. Das Lager muss nicht unbedingt in Büron sein, aber auch nicht an zentralster Lage in der Stadt Luzern. Wir stellen uns vor, dass man dort verschiedene Lagerbedürfnisse zusammenfassen könnte, an die klimatische Anforderungen gestellt werden. Zu den Aussagen zum guten Standort für das Fachmittelschulzentrum: Seien wir doch ehrlich: ich habe von derselben Fraktion, die diese Aussage gemacht hat, in anderem Zusammenhang auch schon gehört, dass man die Schulen an guten Standorten platziert haben möchte. Ich wäre sehr gespannt auf die Diskussion, wenn wir mit dem Fachmittelschulzentrum irgendwohin in die Peripherie gegen würden. Eigentlich möchten alle an einer guten Lage sein, und dafür habe ich auch Verständnis. Über das Verkehrshaus haben wir auch schon gesprochen. Wenn man von guter Lage spricht und dann behauptet, das Zeughaus sei viel schlechter gelegen, habe ich Mühe, der Argumentation zu folgen. Zum Entscheid des Grossen Stadtrates: Die beiden Projekte müssen auch getrennt betrachtet werden. Nach unserem Wissensstand ist mit dem Zeughaus eine Lösung für das Museum durchaus möglich. Das ist für uns auch als alleinstehende Lösung ein gangbarer Weg. Den Entscheid für den Standort des Kantonsgerichtes in der Stadt Luzern haben Sie gefällt. Der Kantonsrat hat uns beauftragt, für das Kantonsgericht einen Standort in der Stadt zu suchen. Es standen andere Standorte zur Diskussion, wir waren mit den Projekten quasi unterschriftsreif, dann

hat dieser Rat dem Regierungsrat einen anderen Auftrag gegeben, und an diesem arbeiten wir jetzt. Es wäre also etwas schwierig, wenn man auf diesen Entscheid auch wieder zurückkommen möchte, denn dann haben wir etliche Jahre verloren. Die Fläche im Zeughaus erfüllt die Anforderungen des Museums, sie ist grösser als heute, und das zusammengeführte Museum könnte an einem Standort realisiert werden. Abschliessen möchte ich mit einigen Ausführungen zur Zusammenarbeit mit der Stadt Luzern: Wenn der Eindruck bestehen sollte, wir würden mit dem Stadtrat keinen Austausch pflegen, dann muss ich das hier ganz klar dementieren. Wir stehen grundsätzlich in einem Austausch zu verschiedensten Themen und bezüglich der Standorte in einem zusätzlichen Austausch. Der Bildungs- und Kulturdirektor und ich pflegen einen regen Austausch mit den zuständigen Mitgliedern des Stadtrates, und wir klären verschiedene Fragestellungen. Ich darf wohl schon sagen, dass auch der Stadtrat realisiert hat, dass es nicht ganz so einfach ist, alternative Standorte zu suchen. Wir diskutieren intensiv, aber eine Lösung, die alles ermöglichen würde und die unbestritten ist, haben wir bis jetzt auch gemeinsam nicht gefunden. Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass der Austausch mit dem Stadtrat auch bei diesem Geschäft stattfindet. Ich kann Kantonsrätin Korintha Bärtsch beruhigen: genau so, wie sie das geschildert hat, findet dieser statt. Man setzt sich an einen Tisch, diskutiert miteinander, zwischendurch streitet man miteinander, und man sucht gemeinsam Lösungen. Aber es nicht so, dass hier quasi Eiszeit herrschen würde und die beiden Exekutiven getrennte Wege gehen.